



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Nordrhein-Westfalen-Programm 1975

Nordrhein-Westfalen / Landesregierung

Düsseldorf, 1970

1.3 Von der Kohle zur Atomenergie

urn:nbn:de:hbz:466:1-8442

aus. Die Aufgaben sind – wie bisher – unter der Verantwortung des jeweils zuständigen Ministers von den Behörden des Landes durchzuführen. Soweit die Gemeinden und Gemeindeverbände Träger der Aufgaben sind, wird ihre Stellung als Selbstverwaltungskörperschaften nicht angetastet. Soweit die Zuständigkeiten des Bundes berührt sind, wird die Landesregierung ihre Wünsche gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat vorbringen.

1.2

Von der Raumplanung zur Entwicklungsplanung

Das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 ist eine neue Form der mittelfristigen Planung des Regierungshandelns. Mit der Landesplanung und der Bauleitplanung als raumbezogenen Planungsarten allein kann eine wachstumsgerechte Landesentwicklung nicht mehr gemeistert werden. Der soziale Prozeß in dem komplizierten Gefüge der heutigen Gesellschaft muß durch bewußte Steuerung im Gleichgewicht gehalten werden. Die Aufgaben sind: Wirtschaftsförderung, Sicherung der Vollbeschäftigung auch in den vom Strukturwandel erfaßten Gebieten, langfristige und nachhaltige Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens in allen Wirtschaftsräumen, Entwicklung des Bildungswesens, Verbesserung der Verkehrsnetze, Verbesserung der Umweltsituation, Entwicklung von Erholungsgebieten, Ausbau der Einrichtungen des Gesundheitswesens usw. Alles dies läßt sich nur in einen sinnvollen Gesamtrahmen bringen, wenn die Planung mehr als lediglich die Ordnung des Raumes zum Ziel hat. Das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 erfaßt daher über den räumlichen Bezug hinaus auch den Zeitfaktor und die Finanzierung.

1.3

Von der Kohle zur Atomenergie

Der Energiebedarf wird in den nächsten Jahrzehnten außerordentlich wachsen. Der Stromverbrauch wird sich etwa alle zehn Jahre verdoppeln. Nordrhein-Westfalen ist in seiner Energiewirtschaft stark durch

die Kohle geprägt. Die Steinkohle hat jedoch ihre vorherrschende Stellung an das Öl verloren. Trotz dieser rückläufigen Entwicklung kann die Wirtschaft auf Steinkohle nicht verzichten. Für die bestehenden Kraftwerke muß die Brennstoffversorgung sichergestellt bleiben. Für die Eisen- und Stahlindustrie muß genügend Koks erzeugt werden. Auch beim Hausbrand und Kleinverbrauch wird die Kohle nicht völlig vom Öl und vom Gas verdrängt werden. Zudem ergeben sich im Rahmen der Kernenergietechnik neuartige Anwendungs- und Absatzmöglichkeiten für die Kohle.

Die Entwicklung neuer Reaktortypen mit höheren Kühlmitteltemperaturen läßt kostengünstigere Verfahren für die Vergasung und Hydrierung von Stein- und Braunkohle erwarten. Das Kühlgas der Reaktoren soll zukünftig unmittelbar in angeschlossenen Turbinen zur Stromerzeugung genutzt werden. Durch das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 werden die hierfür nötigen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten besonders gefördert. Der Bau von Kernkraftwerken in Nordrhein-Westfalen wird gleichzeitig dazu dienen, die kerntechnische Industrie zu einem leistungsfähigen und exportintensiven Industriezweig auszubauen.

1.4

Von der Stagnation zum Wachstum

Im vergangenen Jahrzehnt ist die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen nicht so stark gewachsen wie im übrigen Bundesgebiet. Die Stagnation der Jahre 1966 und 1967 war hier noch nachhaltiger als in Süddeutschland. Nordrhein-Westfalen ist mehr als andere Länder durch Wirtschaftsbereiche belastet, die aus sozialen und nationalen Gründen nicht aufgegeben werden können. Der Anschluß an das Wirtschaftswachstum des übrigen Bundesgebiets darf trotzdem nicht verlorengehen. Dies kann nur erreicht werden, wenn alle Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen Strukturwandels dem übergeordneten Ziel dienen, das Verhältnis zwischen wachstumsstarken und wachstumsschwachen Wirtschaftszweigen zu verbessern. Voraussetzung dafür ist die Verbesserung der Umstellungs-

fähigkeit der Wirtschaft insgesamt. Im Rahmen des Nordrhein-Westfalen-Programms 1975 soll daher im verstärkten Umfang die Umstellung von Betrieben auf neue Fertigungen mit hoher Produktivität und guten Wachstumsaussichten gefördert werden. Die Ansiedlung neuer Betriebe soll möglichst an einem Standort oder in arbeitsteiliger Nähe eines Standorts erfolgen, dessen öffentliche Grundausstattung als Entwicklungsschwerpunkt ebenfalls vorrangig ausgebaut wird. Dabei ist darauf zu achten, daß die Förderungsmittel so eingesetzt werden, daß sie zu einer sinnvollen Ergänzung der regionalen Wirtschaftsstruktur beitragen.

Die Arbeitsplätze sind zur Zeit zwar nicht bedroht; es wird aber künftig seltener als bisher möglich sein, ein Leben lang denselben Arbeitsplatz zu behalten. Den Arbeitnehmern müssen daher die Zukunftsaussichten der verschiedenen Berufe deutlicher aufgezeigt werden. Es sollen deshalb gezielte Aufklärungsaktionen über die zukünftigen Aussichten verschiedener Berufe durchgeführt werden. Die Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung werden erheblich ausgeweitet. Regionale Umschulungsstellen und die Zahlung von hohen Stipendien werden die berufliche Mobilität der Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen wesentlich erhöhen.